

الديمقراطية والا اسلام



Die

unverstandene Dichotomie:

Nach Auflösung des West-Ost-Gegensatzes trat ein Konflikt ins Licht, der jahrzehntelang fast völlig überdeckt von anderen Problemen dahingeschlummert hatte. Eine kulturelle Auseinandersetzung (Huntington: „clash of civilisations“), die das 21. Jahrhundert in erheblichem Ausmaß beschäftigen wird, die Dichotomie zwischen demokratischer und islamischer Weltanschauung. Das lässt sich auch ohne größere prophetische Gaben leicht vorhersehen. Nein, besser: wir sehen uns bereits in vollem Umfang mit diesem Konflikt beschäftigen. Das aus dieser Erkenntnis einsetzende Sendungsbewusstsein vor allem amerikanischer Politiker ist bekannt – der Ausgang der begonnenen Experimente in Irak und Afghanistan aber noch durchaus ungewiss. Manche gehen bereits davon aus, dass sie gescheitert sind, manche hoffen immer noch, dass sich westliche Demokratie in islamischen Ländern notfalls auch mit Waffengewalt einführen ließe.

Bei dieser Auseinandersetzung ist den meisten offensichtlich nicht klar, wo denn nun genau die eigentlichen Konfliktlinien verlaufen. Es lohnt sich also, einen näheren Blick auf die Besonderheiten dieser Dichotomie zu werfen.

„Religion“ heißt auf Arabisch دين (spricht sich etwa wie

[di:n]). Islam (الاسلام), Christentum, Judentum sind also دين. Außer als Lehnwörter (siehe oben الديمقراطية, sprich: dimokratiyya) kennt das Arabische (ebenso wie die europäischen Sprachen außer dem Griechischen) keine eigenen Begriffe für Demokratie, Diktatur oder ähnlichem. Fragt man näher nach, wie man denn zum Beispiel ein Gesellschaftssystem wie „Demokratie“ am besten auf Arabisch wiedergibt, bekommt man eine überraschende Antwort: Auch „Demokratie“ ist دين. Wenn sich die erste Verblüffung gelegt hat, wird einem schnell klar, woran das liegt.

Demokratie ist ein Gesellschafts- und Politikmodell, das als Voraussetzung eines aufgeklärten, laizistischen Staates bedarf, in dem Gewaltenteilung, Menschenrechte, Meinungs- und Bekenntnisfreiheit sowie Minderheitenschutz wenigstens näherungsweise verwirklicht sind. Sie sagt nichts darüber aus, an was ihre Bürger – falls überhaupt – zu glauben haben – sieht man einmal von dem höchst umstrittenen Gottesbezug in der Präambel zum deutschen Grundgesetz ab.

Islam ist klassisch gesehen eine Religion *und gleichzeitig* ein Gesellschafts- und Politikmodell. Wie genau dies aussieht, wie es sich in der Geschichte entwickelt hat und wie es heute angewandt wird, dazu unten mehr.

Zunächst aber: Wie kann ein Dialog aussehen? Wer kann die Diskussion führen? Politiker? Religionsvertreter? Wie können Demokratie, Religionsvielfalt und Islam in Einklang gebracht werden?

Wenn Kirchenvertreter – wie zuletzt der „deutsche“ Papst bei seiner Nahost-Visite – zum interreligiösen Dialog der drei monotheistischen Weltreligionen aufrufen, sind sie sich wohl nicht darüber im Klaren, dass damit nur ein kleiner Teilaspekt des Problems abgedeckt wird. Von rein religiöser Warte aus betrachtet stellt sich die Angelegenheit relativ simpel dar: man hat einen angeblich gemeinsamen Gott, der sich in verschiedener Weise offenbart haben soll, die Riten- und

Regelbefolgungen sind unterschiedlich. Aber immerhin rekurriert man weitgehend und vordergründig auf dasselbe Personal: Abraham (Ibrahim), Moses (Moëz), Jesus (Isa Ben Maryam) und viele der alttestamentarischen Propheten. Eine optimistische Vorstellung: man konzentriert sich auf das Verbindende, lässt unterschiedliche Riten zu – und schon hat man weit mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung hinter sich: eine allumfassende Ökumene.

Gehen wir einmal davon aus, dieser interreligiöse Dialog könne zu irgendeinem Erfolg führen. Was wäre damit gewonnen? Was würde das für einen Vorteil für die Gesellschaft bringen? Im Idealfall ein wenig mehr Toleranz und Respekt für den jeweils Andersgläubigen – das wäre schon ein Gewinn. Doch was geschieht mit denen, die sich keiner der drei Religionen anschließen vermögen – in Deutschland immerhin ein gutes Drittel der Bevölkerung? Peter Scholl-Latour, der so genannte Nahostexperte, versteigt sich sogar zu der nach unserer Sichtweise, aber z.B. bei PI vertretenen, völlig unsinnigen Forderung, der Westen müsse wohl nach amerikanischem Zuschnitt eben wieder etwas christlicher werden, damit er von den Moslems als Gesprächspartner ernst genommen werden könne. „Atheisten sind in den Augen der Moslems nichts, sie sind weniger als Schweine“ (Scholl-Latour). Dann wäre man in der Tat einem positiven Ergebnis des Dialogs der Religionen ein Stück näher – doch um welchen Preis? Der große Vorteil unserer pluralistischen Gesellschaft liegt doch unter anderem auch darin, dass auch solche, die neben der physikalischen und biologischen Welt keine metaphysischen oder transzendentalen Elemente anerkennen können, ihre Lebensberechtigung haben und ihre Meinung frei vertreten können ohne als Ketzer oder Häretiker angeprangert oder gar physisch vernichtet zu werden.

Religiöse Gesellschaften in der Praxis

Die „einzige echte Demokratie“ des Nahen Ostens, das „jüdische“ Israel, ist stolz auf seine gesellschaftspolitischen Errungenschaften, die sie von der

arabischen Umwelt absetzen. Das demokratische Verständnis der Gründergeneration (von extremen Zionisten einmal abgesehen) steht dabei wohl außer Frage, doch heute? Welche Rechte haben Moslems, Christen und religionsfreie Humanisten im „Gelobten Land“? Schaut man genau hin, so erkennt man, dass modernere politische Regungen wie z.B. Israel Beitenu des Außenministers Liebermann statt von demokratisch gebotener Vielfalt eher von einer jüdischen Ethnokratie basierend auf Thora und Halacha träumen. Noch haben sie nicht die Mehrheit und es gibt weiterhin moslemische Abgeordnete in der Knesseth und arabische Bürgermeister – doch wie lange noch? Bevor unsere jüdischen Freunde im Blog protestieren: ich sehe die Gefahr nicht reell, sondern allenfalls als latente Bedrohung für die Demokratiefähigkeit Israels.

Das ur-katholische Verständnis von Staat und Religion lässt sich deutlich am Vatikan ablesen: Demokratie? Fehlanzeige! Der gesetzgeberische Souverän ist Gott mit seiner Offenbarung, sein Stellvertreter ist weltliches und geistliches Oberhaupt dieses international weitgehend anerkannten „Staates“, einer Theokratie von Mussolinis Gnaden mitten im aufgeklärten Europa. Es bleibt abzuwarten, was der Chef dieser Theokratie den Demokraten des Bundestages bei seinem Besuch im September des Wir-sind-Papst-Jahres zu berichten haben wird.

Was macht aber das Besondere am Islam aus? Der Grund ist historischer Natur. Von Beginn an in Medina und später in Mekka gab es im Islam keinen Widerspruch zwischen geistlicher und weltlicher Macht. Offenbartes Recht (qur'an und sunna = schari'a) war Basis des Zusammenlebens. Anders als Moslems waren Christen nicht von vornherein im Besitz weltlicher Macht. Sie waren gezwungen, ihre eigene Organisation abseits weltlicher Staatsstrukturen zu formieren. So entwickelte die katholische Kirche beispielsweise sogar ihr eigenes Rechtssystem (canones), das unabhängig von staatlichen Institutionen funktionierte, und das sie nur allzu häufig missliebiger weltlicher Macht aufzudrücken versuchte.

Ansonsten arrangierten sich aber die Kirchen – so vor allem auch später Luther – mit den weltlichen Machtverhältnissen, die sie gerade vorfanden, egal ob demokratisch, monarchisch oder totalitär.

Solche Arrangements hatte der Islam bisher nie nötig. Deshalb hat er auch keine vom Staat unabhängige Organisationsstruktur. Man könnte überspitzt sagen: Islam organisiert sich als Staat oder ihm fehlen jedwede Merkmale einer eigenständigen, religionsgebundenen Struktur. Man sieht hier bereits einen wesentlichen Grund, warum die moslemischen Organisationen wie der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) oder Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) sich so schwer tun.

Der ideale Staat hat nach moslemischer Auffassung nur *einen* Souverän: Allah. Sein Wille offenbart sich direkt im Koran, indirekt in der Sunna (Hadithe), also den aufgezeichneten Äußerungen Mohameds zu Lebzeiten. Zusammengefasst ergibt das die Scharia, über die im Westen teilweise völlig falsche Vorstellungen herrschen aufgrund von medialen Horrorberichten. Alle Nachfolger des Propheten gelten als Stellvertreter Gottes (khalifa), die das Gesetz umzusetzen haben und allenfalls Ausführungsbestimmungen (qanun = canones) erlassen, um alles, was in der Scharia nicht geregelt ist, mit Leben zu füllen. Dem Kalifen, der im Idealfall ein gütiger Richter und Philosoph, aber auch ein guter Kämpfer sein soll, steht ein Beratergremium zur Seite (die Schura). Das gemeine Volk (die Umma) hat ohne zu hinterfragen den Weisungen des Kalifen zu folgen. Unklar bleibt, wie das Beratergremium zusammengesetzt sein soll und von wem es gewählt wird, oder was zu tun ist, falls der Kalif den definierten Anforderungen nicht entspricht. Die Parallelen zum Vatikanstaat (bis auf die Kämpferqualitäten) sind verblüffend.

Bis zum vierten Kalifat in der Nachfolge Mohameds hat das auch alles ganz gut funktioniert. Danach wurde die Situation immer verworrener und zerrissener, bis sich schließlich die

Philosophen daranmachten, die offensichtlichen Mängel des Systems zu analysieren und damit eventuell zu beseitigen. Zu nennen ist hier vor allem Ibn Rushd (Averroës), der aus einer einflussreichen Richterfamilie stammte, selbst Recht, Philosophie und Medizin studierte, und als qadi (Richter) eine einflussreiche Stellung in der nordafrikanisch-andalusischen Almohaden-Dynastie einnahm. Unter seinen wohl insgesamt 84 Werken sind 55 noch bekannt, vor allem sein Kommentar zu Platons *politeia* ist im westlichen Kulturkreis von großem Einfluss gewesen.

Wie Platon unterscheidet er zwischen der Elite und der Masse eines Volkes. Als unzulänglich bei Platon empfindet er, dass nur die Gebildeten letztlich Glückseligkeit erlangen können, nicht aber die Masse des Volkes. Im islamischen Idealstaat sei dies aufgrund der religiösen Basis auch für die einfachen Leute möglich, nicht nur im Diesseits, sondern vor allem auch im Jenseits. Zudem ist Platons Staat auf reine Vernunft gegründet, es mangelt ihm sozusagen die geistliche Überhöhung, Allahs Offenbarung, die weit über aller Vernunft anzusiedeln ist. Gleichwohl misst er der Vernunft (außer bei der Staatsräson) einen so hohen Stellenwert zu (duplex veritas?), dass er letztlich von orthodoxen Geistlichen geächtet und verbannt wurde, seine Werke wurden verbrannt. Bei den möglichen Staatsformen geht er mit Platon allerdings weitestgehend konform – vor allem in seiner Ablehnung der Demokratie, die als irrende Vorform der Tyrannei zu betrachten sei. (Zur weitergehenden Information sei empfohlen: Michael Jainzik, „Zwischen *nomos* und *shari'a*“, *Concilium mediæ ævi* 5 (2002), 143ff)

Islam in der Demokratie?

Seit der Abschaffung des letzten Kalifats 1924 nach Untergang des Osmanischen Reiches gibt es heute keinen modernen islamischen Staat mehr, der nach dem geschilderten Grundprinzip aufgebaut wäre. Fast alle geben sich einen demokratischen Anstrich, der allerdings Mühe hat, die

polizeistaatlichen, diktatorischen und nepotistischen Strukturen zu übertünchen. Neben dem Problem, dass den Menschen grundlegende bürgerliche Rechte vorenthalten werden, ergibt sich ein unangenehmes psychologisches Element: Man ist ja nun einmal Demokratie, was der Bevölkerung auch immer wieder eingehämmert wird, also werden im Empfinden der Bevölkerung auch alle Mängel, die sich überall zeigen, der Demokratie angelastet. Da kann sich demokratisches Bewusstsein in unserem Sinne nicht oder nur sehr schwer entwickeln. Wie ernst dieser demokratische Scheinmantel genommen wird musste ich am eigenen Leib erfahren, als ich wegen meiner Äußerung, man lebe doch wohl in einer „Demokratur“, von „guten“ Freunden denunziert wurde – zum Glück ohne Folgen.

Einen Sonderfall stellt zweifellos die Türkei dar. Als einziges moslemisches Land der Welt hat sie den Laizismus zur Grundlage des Staatsverständnisses gemacht neben Nationalismus, Etatismus und Republikanismus – mithin finden wir hier eine eindeutige Trennung zwischen Religion und Staat, auch wenn man von außen gesehen nicht den Eindruck hat, dass die handelnden Akteure (wie beispielsweise die Adalet ve Kalkınma Partisi, kurz AKP, zu deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) dies immer und vollständig verinnerlicht haben. Auch dürfte sich in ländlichen Gebieten, in denen noch immer archaische Strukturen tribalen Ursprungs die Oberhand haben, bis heute kaum festgesetzt haben, dass man in einer Demokratie lebt. (Vertiefend: Patricia Foertsch, „Islam und Demokratie“, Almanya Infodienst N° 3 der Konrad Adenauer Stiftung).

Extremistische Strömungen im Islam (und ich meine nicht einmal nur die militanten) vertreten die Ansicht, der Kampf gegen den Okzident müsse so lange weitergehen, bis die ganze Welt nach der Scharia lebt. Dann erst ist Allahs Wille erfüllt. Wie sähe solch ein Leben aus? Als Beispiel wird immer wieder die moslemische Herrschaft über Andalusien angeführt, die angeblich von so viel Toleranz gegenüber Andersgläubigen

getragen war. Immerhin: es hat praktisch keine Zwangsbekehrungen gegeben. Individuelle Mission war anders als im Christentum nicht vordringlicher Zweck der Islamisierung. Jedoch mussten die „Schriftgläubigen“ (Juden und Christen) erheblich erhöhte Steuern entrichten und waren von weiten Teilen des öffentlichen und politischen Lebens ausgeschlossen. Auch Zwangsdeportationen von Juden nach Marokko sind geschichtlich belegt (weil sie ihre Tracht nicht ablegen wollten). Für Christen und Juden sicherlich keine angenehme Vorstellung, unter der Scharia leben zu müssen – und was wäre zudem mit all denen, die die Präponderanz der Metaphysik gegenüber dem Realen nicht anerkennen können? Hierfür gibt es keine geschichtlichen Beispiele, doch wenn man bedenkt, was die Scharia zum Apostatentum sagt, schwant dem Leser sicherlich nichts Gutes! Glaubensabtrünnige und damit wohl auch Atheisten sind mit dem Tode zu bestrafen.

Dieses islamische religiös-politische Sendungsbewusstsein steht damit auf einer Stufe mit dem westlich-demokratischen Sendungsbewusstsein. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass Demokratie mit all seinen bürgerlich-weltlichen Freiheiten für „echte“ Moslems ein ebenso rotes Tuch darstellt wie für uns die Vorstellung, unter der Scharia leben zu müssen.

La révolution des Jasmins

Und nun erleben wir, direkt vor unserer Haustür, dass sich ein islamisches Land, Tunesien, mit großer Entschlossenheit von innen heraus daranmacht, eine Demokratie zu entwickeln mit allen dazugehörigen Strukturen wie Rede- und



Bekenntnisfreiheit, unabhängiger Presse, unabhängiger Justiz und politischen Parteien. Natürlich stellt sich angesichts der bisherigen Erfahrungen die Frage, ob ein solches Experiment

überhaupt Chancen der Realisierung hat.

Man sollte wissen, von wem die Revolution, der man inzwischen den Namen „Jasmin-Revolution“ gegeben hat, in ihrer *politischen* Dimension wirklich initiiert wurde. Dazu hat ein angesehener Bankier im tunesischen Fernsehen (unter Tränen) eine bemerkenswerte Aussage gemacht. Wann immer er nach Hause kam fand er seinen Sohn vor dem Computer mit Facebook, Twitter und Ähnlichem beschäftigt. Er hielt all dies für Spielkram, dem er allenfalls lächelnde Nicht-Beachtung schenkte, gelegentlich verbunden mit der Ermahnung, sich doch lieber mit etwas Sinnvollerem zu beschäftigen. Als er am Freitag (14. Januar 2011) nach Hause kam, war sein Sohn nicht da. Als er den Fernseher einschaltete sah er die Menge der jungen Demonstranten, die zusammen mit den streikenden Richtern und Rechtsanwälten viereinhalb Stunden lang das Innenministerium belagerten. In der Menge entdeckte er durch Zufall seinen Sohn in den vordersten Reihen. Stolz und Trauer überkamen ihn gleichzeitig. Stolz, weil er erkannte, was sein Sohn all diese Zeit vor dem Computer wirklich gemacht hatte, und für das er nun mit dem Mut der Jugend vor aller Augen eintrat. Trauer, weil er schlagartig sah, was seine Generation, karrierebewusst und mit dem System arrangiert, versäumt hatte, was längst hätte geschehen müssen.

Die Jugend lehrt die Eltern, was Demokratie heißt.

Da ich einige dieser jungen Leute aus der Blogger-Szene kenne, weiß ich ungefähr, wie sie „ticken“. Nicht ein einziger von ihnen ist Moslem in dem Sinn, der auf islamkritischen Blogs häufig pauschal als „der Moslem“ dargestellt wird. Kurz: sie haben mit Religion nichts am Hut! Mein zwanzigjähriger Neffe, Student der BWL, ist ein typisches Beispiel dafür. Er lebt wie seine Altersgenossen im Westen ein freies und ungebundenes Leben, besucht nie eine Moschee, aber er würde von sich immer behaupten, Moslem zu sein. Ich bezeichne diese hier weit verbreitete Art von Moslems als „Kulturmoslems“ und vergleiche sie mit den vielen Deutschen, die nie eine Kirche von innen

sehen, aber trotzdem an Weihnachten einen „Christbaum“ aufstellen, und damit ihr Eingebettetsein in die hiesige Kultur demonstrieren.

Islamische Scharfmacher haben bei diesen jungen Leuten (und ihren Eltern!) nicht die geringste Chance. Die im Titel gestellte Frage „Demokratie *oder* Islam“ ist hier nicht virulent, sie muss umformuliert werden in Demokratie *und* ein in den privaten Bereich verschobener Islam. Ich vertraue darauf, dass sich diese Idee hier durchsetzt, sonst hätte ein weiteres Verbleiben in diesem Land für meine Frau und mich keinen Sinn.

(Das Original des Fotos im Banner stammt von Götz Burggraf und Sie können [es hier bestaunen.](#))

Weitere Arbeiten desselben Autors siehe [hier](#).